



Junge müssen jede Arbeit annehmen

Die Arbeitslosenversicherung wird mit Leistungsabbau und höheren Lohnabzügen saniert. Da nun auch die SVP die Revision mitträgt, läuft die Linke ins Leere. Die SP droht mit dem Referendum.

Von Markus Brotschi, Bern

Einigkeit herrschte gestern im Nationalrat darüber, dass die Finanzen der Arbeitslosenversicherung (ALV) aus dem Ruder laufen. Deren Einnahmen sind auf 100 000 Arbeitslose ausgerichtet. Das entspricht einer Quote von 2,5 Prozent, die selbst in der zurückliegenden Hochkonjunktur nur während weniger Monate erreicht wurde. Im Oktober waren in der Schweiz rund 160 000 Menschen als arbeitslos gemeldet, was einer Quote von 4 Prozent entspricht. Ende Jahr wird der Schuldenstand der ALV 6 Milliarden Franken erreichen. Für 2010 rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft mit einem Anstieg auf über 200 000 Arbeitslose, die Schulden wachsen auf über 10 Milliarden an.

Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrats will aus der Defizitwirtschaft mit Einsparungen von rund 700 Millionen und zusätzlichen Einnahmen von rund 500 Millionen herauskommen - ein Rezept, das auch Bundesrat und Ständerat gewählt haben. Die SVP sträubte sich allerdings im Vorfeld der Debatte gegen zusätzliche Lohnbeiträge, womit die Vorlage zu scheitern drohte. Dies hätte allerdings der Linken in die Hände gespielt. Denn das Gesetz verpflichtet den Bundesrat, die Lohnabzüge von heute 2,0 Prozent um bis zu 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen, falls der Schuldenstand das Zweieinhalbfache der versicherten Lohnsumme erreicht. Dieser Stand wird 2010 überschritten.

SVP zum Mitmachen verdammt

Der gesetzliche Zwang zur Beitragserhöhung hat die SVP nun davon abgebracht, wie immer Widerstand zu leisten, wenn Steuer- oder Beitragserhöhungen geplant sind. Sie trägt zusammen mit FDP und CVP die Revision mit, statt sich mit der Linken gegen die ALV-

Revision zu verbünden. Mit 126 gegen 60 Stimmen trat der Nationalrat auf die ALV-Revision ein. Ebenfalls gegen den Willen von SP und Grünen beschloss er, zuerst sämtliche Sparmassnahmen zu beraten. Erst am Schluss befindet die grosse Kammer dann über die Einnahmen. Die Linke will dagegen auf Sparmassnahmen verzichten und die Sanierung dem Bundesrat überlassen. Dies hiesse, dass die Lohnbeiträge auf 2,5 Prozent erhöht würden.

Daraus wird nun aber nichts, und deshalb kündigten SP und Gewerkschaften gestern das Referendum an. Die umstrittensten Leistungskürzungen betreffen die jungen Arbeitslosen und werden heute beraten. Gestern verschärfte der Rat bereits die Regeln für die zumutbare Arbeit. Künftig müssen unter 30-jährige Arbeitslose jede Stelle annehmen, sofern sie damit mindestens 70 Prozent des früheren Verdienstes erzielen. Damit übernahm die grosse Kammer die harte Version des Ständerates. Der Antrag, Ausnahmen für Arbeitnehmende mit Kindern zu machen, scheiterte.

Auch Bundesrätin Doris Leuthard erhielt kein Gehör. Sie plädierte mit der Linken dafür, weiterhin die Qualifikationen der jungen Arbeitslosen zu berücksichtigen.

Geht Defizitwirtschaft weiter?

Mehrere Bürgerliche verwiesen darauf, dass das Leistungsniveau auch mit der Revision im Vergleich zum Ausland hoch bleibe. In der Schweiz erhielten Arbeitslose bis zu 8400 Franken im Monat, in Deutschland nicht mal die Hälfte, sagten Peter Spuhler (SVP, TG) und Hansjörg Hassler (BDP, GR).

Der Kompromiss, den FDP, CVP und SVP vor einer Woche geschlossen haben, sieht auch Beitragserhöhungen vor. Der Beitragssatz wird von 2,0 auf 2,2 Lohnprozent erhöht. Zum Schuldenabbau wird das Solidaritätsprozent auf Einkommen von 126 000 und 315 000 Franken wieder eingeführt. Anders als Bundesrat und Ständerat wollen die Bürgerlichen im Nationalrat jedoch darauf verzichten, ein zusätzliches Zehntelprozent auf allen Löhnen zum Schuldenabbau zu erheben. Stattdessen sind zusätzliche Einsparungen vorgesehen. Laut Leuthard dauert es 9 bis 14 Jahre, bis die ALV wieder schuldenfrei ist. Fraglich ist allerdings, ob die ALV mit dem Beitragssatz von 2,2 Prozent nicht weiter unterfinanziert ist. Denn dieser Beitragssatz reicht für durchschnittlich 130 000 Arbeitslose, aus heutiger Sicht ein tiefer Stand.

Manpower-Index

Arbeitsmarkt: Bessere Aussichten

Entgegen den Prognosen der Ökonomen zeigt die jüngste Umfrage des Personalvermittlers Manpower für den Schweizer Arbeitsmarkt wieder leicht bessere Beschäftigungsaussichten - nach zehn rückläufigen oder stabilen Quartalen. Zehn Prozent von 850 befragten Arbeitgebern erwarten dem-

nach für das erste Quartal 2010 eine Zunahme ihrer Personalbestände und nur noch sechs Prozent einen weiteren Rückgang. Die grosse Mehrheit von 78 Prozent der Befragten rechnet mit einer stabilen Beschäftigungslage, wie es im Manpower-Arbeitsmarktbarometer weiter heisst. Die saisonbereinigte Netto-Arbeitsmarktprognose betrug plus ein Prozent. Seit dem zweiten Quartal 2007 war dieser Wert von 14 Prozent kontinuierlich auf null für das vierte Quartal

2009 gesunken. Regional sind die Arbeitgeber in der Zentralschweiz am optimistischsten. In der Ostschweiz haben die Aussichten den tiefsten Wert seit Einführung des Barometers erreicht. Aufgeschlüsselt nach Sektoren geben sich der Dienstleistungssektor mit Banken, Versicherungen und Immobilien sowie das Gastgewerbe am zuversichtlichsten. Schlecht sieht es hingegen in der Energie- und Wasserversorgung aus. (AP)



Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Als Nächstes das Arbeitslosengeld

Weniger Geld, mehr Fleiss. Das bürgerliche Rezept zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit ist umstritten.

Wenn die Jungsozialisten sich gestern bestürzt zeigten, so drohen sie heute ganz umzufallen. Denn die verschärfte Zumutbarkeitsregel, wonach unter 30-Jährige künftig jede Arbeit annehmen müssen, ist erst der Anfang. Kürzungen bei den Jugendlichen stehen auch im Fokus, wenn der Nationalrat heute die Frage der Taggelder diskutiert: Gemäss dem Vorschlag der Bürgerlichen sollen Junge unter 25 nur noch 130 statt 400 Tage lang Arbeitslosengeld erhalten; 25- bis 29-Jährige ohne Kinder würden noch maximal 260 Tage lang unterstützt. Studenten, die noch nie gearbeitet haben, hätten sich mit 90 Tagen zu bescheiden.

Diese Pläne sorgen für Protest, von den Juso bis hin zu Pierre Maudet, dem freisinnigen Chef der Eidgenössischen Jugendkommission. «Geopfert» würden jene, die für die Krise am Arbeitsmarkt am wenigsten könnten, aber am meisten darunter litten, wehrt er sich. Stimmt dies, und wie gross ist das Opfer, das Maudet hier beklagt?

Hart getroffen, schnell entlastet

Unbestritten ist, dass die Krise die Jugendlichen in der Regel hart und vor allem schnell trifft. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten zwölf Monaten um 72 Prozent gestiegen, deutlich stärker als die allgemeine Arbeitslosen-

quote. Im Oktober waren bereits 29 200 Jugendliche zwischen 15 und 24 arbeitslos, davon rund die Hälfte Studenten, Lehrlinge und Hilfskräfte.

Umgekehrt zeigt die Vergangenheit, dass die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe jeweils auch am schnellsten wieder abnimmt, wenn sich die Wirtschaft erholt. Aus diesem Grund halten die Bürgerlichen die Kürzung der Bezugsdauer für gerechtfertigt. Da es nur wenig junge Langzeitarbeitslose gebe, bleibe der «soziale Schaden» gering. Die

letzten Zahlen dazu zeigen, dass 6100 der 29 200 arbeitslosen Jugendlichen bereits ein halbes Jahr oder länger ohne Job waren. Sie wären gemäss dem neuen Vorschlag aus der ALV gefallen.

Weit mehr Junge trifft die verschärfte Zumutbarkeitsregel. Im Oktober hätte jeder Dritte der 158 000 Arbeitslosen seine Ansprüche senken müssen. Aus Sicht der Wirtschaft ist dies zumutbar, umso mehr als es den Jungen nütze: Ein Arbeitgeber stelle eher jemanden an, der Berufserfahrung gesammelt habe, als jemanden mit Lücken im Lebenslauf. Die Linken halten dem entgegen, dass es für all diese Leute derzeit gar keine Jobs gibt und folglich nur neuer Lohndruck entsteht. Zudem werde der Wert der Ausbildung zerstört. Vorbehalte äussern auch Praktiker aus der Arbeitsvermittlung. Ein Überqualifizierter, der sich nur widerwillig bewerbe, werde im harten Konkurrenzkampf ohnehin kaum angestellt, heisst es. Insofern nütze die neue Lösung wenig - schade aber auch nicht. (fri)